

**Synopse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017**  
 (Seniorenpolitische Wahlprüfsteine - Fragen zum Politischer Stammtisch 26.03.2017)

Schwerpunkt	Die Linke	SPD	Bündnis90/Grüne	CDU	FDP	AfD
<p><b>Rente muss für ein gutes Leben reichen!</b></p> <p>Was werden Sie und Ihre Partei unternehmen, um in der Seniorenpolitik diese, für uns wichtige Frage einer positiven Lösung zuführen zu können?</p>	<p>Den gesetzlichen Mindestlohn erhöhen wir auf 12 Euro. Das Rentenniveau muss wieder auf 53 % angehoben werden. Kürzere Vollzeit um die 30 Stunden in der Woche. Wir wollen eine gerechtere Verteilung der Tätigkeiten. Wir wollen die Rente ab 65 oder nach mindestens 40 Beitragsjahren ab 60 Jahren. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro. Wir wollen den Rentenwert Ost sofort an das Westniveau angleichen. Wir kämpfen für gleiche Löhne und gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West. Mütterrente erhöhen. Erwerbstätigenversicherung einführen.</p>	<p>Wir wollen eine Bürgerversicherung für alle in Gesundheit und Pflege. Wir stehen bei der Rente vor zwei zentralen Herausforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir müssen das Rentenniveau bei mind. 48 % stabilisieren und die Leistungen der gesetzlichen Rente sichern.</li> <li>• Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag und einen gesellschaftlichen Konsens über die Anstrengungen, die für eine Stabilisierung des Rentensystems notwendig sind.</li> </ul> <p>Eine gerechte Finanzierung der Rente. Die Beitragszahlenden dürfen nicht überfordert werden.</p>	<p>Uns GRÜNEN geht es darum, dass Frauen und Männer so leben können, wie sie es wollen. Es geht um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit in allen Lebensphasen. Wir streiten für auskömmliche Renten und eine gute Pflege im Alter. Die Angleichung der Renten Ost an die Renten West treiben wir weiter voran.</p> <p>Kindergrundsicherung und Garantierente wollen weiterdiskutieren. Das Rentenniveau sollte nicht weiter fallen. Wir wollen den ersten Schritt zur Bürgerinnenversicherung gehen und hierfür die nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen, Minijobber und Abgeordnete in die gesetzliche RV einbeziehen.</p>	<p>Wir haben die Weichen für die Entwicklung des Renteneintrittsalter bis 67, des Rentenniveaus und der Rentenbeiträge bis zum Jahr 2030 geregelt. Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Die gesetzliche Rente soll zentraler Pfeiler der Altersvorsorge bleiben. Daneben sind Betriebsrenten und die private Vorsorge von großer Bedeutung. Mit dem Angebot der Flexi-Rente haben wir vor zwei Jahren einen ersten Schritt gemacht.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen allen Älteren einen flexiblen Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Dazu wollen wir ein politisch festgelegtes Renteneintrittsalter und die Hinzuverdienstgrenzen abschaffen. Die Grundlagen für die gesetzliche Rente müssen im Osten und Westen unseres Landes gleich sein. Eine Rentengarantie lehnen wir ab. Wir wollen Langzeitkonten für Arbeitszeit fördern,</p>	<p>Bei einer Lebensarbeitszeit von bis zu 45 Jahren soll künftig der Rentenanspruch abschlagsfrei gegeben sein. Bei der Berechnung der Rente werden alle Beitragszeiten in dem Maß berücksichtigt, in dem sie tatsächlich erbracht wurden. Eine durch Staatsverschuldung finanzierte Stützung der Renten- und Sozialsysteme kommt für die AfD nicht in Betracht. Es wird notwendig sein, die staatlichen Transferzahlungen aus allgemeinen Steuermitteln an die Rentenversicherung erheblich zu erhöhen. Erziehungszeiten müssen eine angemessene Rentenerhöhung der Eltern zur Folge haben.</p>

**Synopse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017**  
 (Seniorenpolitische Wahlprüfsteine - Fragen zum Politischer Stammtisch 26.03.2017)

Schwerpunkt	Die Linke	SPD	Bündnis90/Grüne	CDU	FDP	AfD
<p><b>Bauen für´s Leben: Wohnungsbau und Infrastruktur</b>            Bitte beschreiben Sie Ihre Vorhaben und die Ihrer Partei zur Umsetzung unserer Forderungen!</p>	<p>Gewerbsteuer in eine Gemeindegewerbesteuer umwandeln. Neustart im gemeinnützigen Wohnungsbau, Barrierefreiheit und ein Förderprogramm für sozial gerechte Modernisierungen. Grundlegende Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheitsversorgung, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie- und Wasserversorgung, ÖPNV, Fernverkehr, Kommunikationsinfrastruktur und Abfallentsorgung müssen in öffentlicher Hand organisiert sein.</p>	<p>Wir werden den öffentlichen und sozialen Wohnungsbau ausbauen. Wir wollen moderne Straßen, Schienen, die eine digitale, schadstoffarme und sichere Mobilität für alle ermöglichen. Wir schaffen „Breitband für alle“. Alle öffentlichen Einrichtungen sollen offene und kostenfreie WLAN-Hotspots verfügbar machen. Selbstorganisierte Infrastrukturprojekte wie Bürgerbusse, Dorfläden oder Kultur- und Sportzentren wollen wir unterstützen. Privatisierung der Straßeninfrastruktur bleibt ausgeschlossen.</p>	<p>Wir GRÜNE setzen uns für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein. Dafür wollen wir eine Million Wohnungen bauen und sozial binden, dauerhaft günstig und lebenswert. Wir wollen wieder Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen und private Investor*innen für den sozialen Wohnungsbau gewinnen. Das Prinzip dabei ist: Zulagen und Steuerförderung im Tausch gegen günstigen Wohnraum. Verkehrsinfrastruktur als Daseinsfürsorge darf nicht privatisiert werden. Wir wollen die Infrastruktur für Fahrräder deutlich verbessern.</p>	<p>Wir wollen, dass in der kommenden Wahlperiode 1,5 Millionen Wohnungen von 2017–2021 in Deutschland neu gebaut werden. Wir setzen auf die Belebung des öffentlichen und privaten Wohnungsbaus. Grundbesitzer sollen zu Gunsten des Wohnungsbaus steuerbegünstigt werden. Wir wollen unsere Straßen, Schienen und Wasserwege daher weiter stärken und fit machen für die Verkehrszuwächse der Zukunft. Wir wollen, dass Züge pünktlicher ankommen und Menschen weniger im Stau stecken.</p>	<p>Wir wollen verbesserte Abschreibungsbedingungen für den Wohnungsbau. Die "Subjektförderung" mit Wohngeld verdient daher aus sozialliberaler Sicht den Vorzug vor einer "Objektförderung" durch eine angeblich "soziale Wohnungsbauförderung". Wir wollen die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur erhöhen. Wir sind für Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) im Verkehrsbereich aus. Wer erwerbsfähig ist und die Teilhabe an Arbeit verloren hat, sollte nicht dauerhaft alimentiert werden.</p>	<p>Die AfD fordert eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen. Wir fordern daher eine bedarfsangepasste Qualifizierung für Arbeitslose. Die AfD setzt sich ferner für die Schaffung eines Angebots zur Bürgerarbeit ein.</p>

**Synopse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017**  
 (Seniorenpolitische Wahlprüfsteine - Fragen zum Politischer Stammtisch 26.03.2017)

Schwerpunkt	Die Linke	SPD	Bündnis90/Grüne	CDU	FDP	AfD
<p><b>Regeln durchsetzen; Recht bekommen - für faire Arbeit - Jetzt!</b>            Sind Sie bzw. Ihre Partei bereit, die noch bestehenden Gerechtigkeitslücken zu schließen und sich für eine konsequente Umsetzung einzusetzen.</p>	<p>Wir wollen prekäre Arbeit abschaffen:            Befristungen ohne sachlichen Grund, Minijobs und Leiharbeit werden ausgeschlossen.            Ein TV muss auf Antrag einer Tarifvertragspartei für AVE erklärt werden, z.B. wenn ein Drittel der AN der jeweiligen Branche von diesem TV erfasst wird.            Ein TV ist ferner im öffentlichen Interesse auf Antrag eines Tarifpartners für AVE zu erklären.            Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände müssen ein umfassendes Verbandsklagerecht erhalten</p>	<p>Wir wollen existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. Unser Ziel ist, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso vergütet wird, wie in der Stammebelegschaft. Die Möglichkeit der AVE von Tarifverträgen werden wir weiter verbessern und die Voraussetzungen präzisieren. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen Tariftreue-Regelungen verstärkt zum Einsatz kommen. Wir wollen einen allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag Soziales. Um die Rechte der Beschäftigten besser zu schützen, werden wir ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen.</p>	<p>Wir wollen ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz, das auch für kleine Betriebe gilt. Unser Ziel ist es, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln. Wir wollen das Tarifsysteem wieder stärken. Tarifverträge sollten einfacher allgemein verbindlich für alle Betriebe einer Branche gelten. Eine Erhöhung des Mindestlohns begrüßen wir. Er soll ermöglichen, von der Arbeit in Würde leben zu können. Wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren und ein Verbandsklagerecht einführen.</p>	<p>Wir werden das Arbeitszeitrecht so modernisieren, dass die Tarifpartner zusätzliche Spielräume zur Flexibilisierung, Spielräume und Experimentierräume für Unternehmen, im Rahmen von Tarifverträgen nutzen können. Die GesamtWochenarbeitszeit erhöht sich dadurch nicht.            Wir wollen, dass Arbeitnehmer am Erfolg ihres Unternehmens besser teilhaben können. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen zur Mitarbeiterbeteiligung attraktiver gestalten.</p>	<p>"Tarifvertrag" kommt nur im Zusammenhang mit der Rente vor. Wir Freie Demokraten fordern einen flexiblen Arbeitsmarkt, der Männern wie Frauen faire Chancen bietet.</p>	<p>Die AfD setzt sich für eine Bezugsdauer von ALG I in Abhängigkeit von der Dauer der Vorbeschäftigung ein. Der Selbstbehalt bei der Berechnung von ALG II ist sanktionsfrei zu erhöhen. Die AfD setzt sich dafür ein, dass der AG Anteil zur Kranken- und Pflegeversicherung wieder auf die gleiche Höhe wie der AN Anteil festgelegt wird.            .            Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität muss bei den Scheidungsfolgen wieder berücksichtigt werden. Wir wollen uns deshalb für die Rechte von Vätern stark machen.</p>

**Synopse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017**  
 (Seniorenpolitische Wahlprüfsteine - Fragen zum Politischer Stammtisch 26.03.2017)

Schwerpunkt	Die Linke	SPD	Bündnis90/Grüne	CDU	FDP	AfD
<b>Politischer Streik</b> Umsetzung der ILO-Norm der Versammlungsfreiheit und wie soll es legislativ umgesetzt werden?	Das im Grundgesetz verankerte Streikrecht muss ausgeweitet wer- den: Solidaritätsstreiks mit Beschäftigten anderer Betriebe und Branchen und poli- tische Streiks zur Durchsetzung sozialer Verbesserungen und zur Vertei-digung von Demokratie und Frieden müssen ins Streikrecht eingeschlos- sen werden.	keine Angaben	Parzipation und Demokratie sind auch im Wirtschaftsleben wichtig. Das soll ebenso für die Kirchen, einen der größten Arbeitgeber im Land gelten. Auch für ihre Beschäftigten wollen wir Koalitionsfreiheit und Streikrecht gewährleisten.	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben . .Die AfD fordert die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht.

**Stichwortverzeichnis**

Streik	13	0	1	0	0	0
Allgemein- verbindlichkeit	5	3	1	0	0	0
Betriebsrat	22	6	0	1	0	0
Gewerkschaft	50	23	4	2	0	0
Verbands- klagerecht	5	5	3 NGO	0	1	0
Arbeitnehmer	4	27		10	10	7
Tarifvertrag	24	14	1	2	1	0